

## // REFERAT FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK DER GEW NIEDERSACHSEN //

### Frauen- und gleichstellungspolitische Forderungen

Seit vielen Jahren setzen sich engagierte Frauen in der GEW aktiv für Gleichberechtigung ein. In einigen Bereichen haben sie/ haben wir schon viel erreicht. Aber: Frauen sind an vielen Stellen immer noch mittelbar oder unmittelbar benachteiligt- z.B. bei der Lohngerechtigkeit - und: Frauen eröffnen sich im Alltag an vielen Stellen immer noch nicht die gleichen Chancen wie Männern - z.B. Benachteiligung durch Teilzeittätigkeit. Und das, obwohl Frauen und Männer in rechtlicher Hinsicht gleichberechtigt sind.

Wir Frauenpolitiker\*innen in der GEW setzen uns für tatsächliche Gleichberechtigung ein.

Wir stehen für eine vielfältige diskriminierungsfreie und geschlechtergerechte Gesellschaft.

Wir sprechen uns klar gegen Sexismus und Gewalt gegenüber Frauen aus.

Auf der Basis dieser Eckpfeiler konzentrieren wir uns in unserer gewerkschaftlichen Arbeit auf die Umsetzungen folgender Forderungen:

#### 1. Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Immer noch wird der größte Anteil der Sorgearbeit in den Familien von Frauen übernommen. Damit sich Beruf und Familie vereinbaren lassen, bedarf es ausreichender Betreuungseinrichtungen mit qualifiziertem Personal. Die Öffnungszeiten müssen zu den Arbeitszeiten der Beschäftigten passen.

Die Arbeitsplätze an Schulen und Hochschulen müssen so familienfreundlich sein, dass es den Beschäftigten möglich ist, Beruf und Familie zu vereinbaren. Dazu fordern wir verbindliche und pragmatische Rahmenbedingungen.

#### 2. Wenn Teilzeit - dann richtig!

Die Entscheidung, in Teilzeit zu arbeiten, darf sich nicht nachteilig auf die Beförderung und die berufliche Laufbahn der Kolleg\*innen auswirken, und sie darf nicht zu einem Gegeneinander von Vollzeit- und Teilzeitkräften führen. Der Entschluss der Kolleg\*innen, die Wochenarbeitszeit aus familiären Gründen zu reduzieren, muss gesellschaftlich akzeptiert werden und darf sowohl bei der Berechnung der Erfahrungsstufen im Beamten- und Angestelltenverhältnis als auch bei der Anrechnung auf die Pensions- und Rentenansprüche keine Nachteile bedeuten.

Die GEW fordert daher, die bestehenden Gesetze, Erlasse und Verordnungen daraufhin zu überprüfen und ggf. zu verändern.

#### 3. Mehr Entscheidungsspielräume für Gleichstellungsbeauftragte

Wir Frauenpolitiker\*innen der GEW fordern wirksame Gleichstellungsgesetze, die die Position der Gleichstellungsbeauftragten stärkt und sie in die Lage versetzt, die Herstellung der Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag umzusetzen. Entsprechend muss die Gleichstellungsbeauftragte mit den notwendigen zeitlichen Ressourcen ausgestattet sein und sich für die Aufgaben ihres Amtes qualifizieren können. Nur so ist es möglich, der Dienststellenleitung „auf Augenhöhe“ zu begegnen und in den Verwaltungsablauf wirksam eingebunden zu werden. Außerdem sollte der Gleichstellungsbeauftragten ein Klagerecht eingeräumt werden, um dem Gesetz mehr Nachdruck zu verschaffen. Wichtig ist auch die Akzeptanz des Amtes. Dafür sind wirksame Gleichberechtigungsgesetze unabdingbar.

#### 4. Novellierung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG)

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich das NGG so zu novellieren, dass es Frauen fördert, die strukturellen Benachteiligungen von Frauen abbaut, die **Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit** für Frauen und Männer verbessert und die geschlechtergerechte Bildung fördert. Ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Gleichberechtigung ist der Gleichstellungsplan. Dieser muss verbindlich erstellt werden. Die Dienststellenleitung muss dafür Sorge tragen, dass er allen Beschäftigten bekannt gegeben wird und die

## // REFERAT FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK DER GEW NIEDERSACHSEN //

Umsetzung erfolgt. Auf einer „Gleichstellungskonferenz“ könnte die Umsetzung regelmäßig vorgestellt und eine Nichterreichung der Zielvorgaben evaluiert werden.

### **5. Geschlechtersensible Bildung und Erziehung**

Noch immer gibt es in der Gesellschaft einengende traditionelle Geschlechterrollen, die verhindern, dass die individuellen Stärken von Mädchen und Jungen gefördert werden. Zentrale Ziele unserer Frauen- und Gleichstellungspolitik sind Geschlechtergerechtigkeit und die Vermeidung von Zuordnungen und Einengungen auf Basis von Geschlechterstereotypen.

Für eine angemessene Förderung ist es notwendig, dass in der pädagogischen Aus- und Fortbildung Genderkompetenz vermittelt wird, also Wissen über die Bedeutung von Geschlechterkonstruktionen sowie den Vor- und Nachteilen, die mit ihnen verbunden sind. Ebenfalls notwendig sind die Verwendung einer geschlechtergerechten und nicht-diskriminierenden Sprache, die Verankerung von Lerninhalten rund um Gender und LSBTIQ in Lehrbüchern und Lehrplänen sowie die Berücksichtigung der dritten Geschlechtsoption. Zudem wird es in einer Welt, in der rückwärtsgewandte gesellschaftliche Strömungen stärker werden, immer wichtiger, aktiv für Geschlechtergerechtigkeit, Gendermainstreaming und Antidiskriminierungsarbeit einzutreten.

### **6. Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit**

Die Tätigkeiten der Lehrkräfte in den verschiedenen Schulformen sind nicht gleich, aber gleichwertig. Aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht fordern wir, dass Tätigkeiten diskriminierungsfrei betrachtet werden und neben den fachwissenschaftlichen Anforderungen auch körperliche und psychosoziale Belastungen sowie pädagogische Anforderungen bei der Bewertung von Arbeit berücksichtigt werden. Wir fordern eine Anhebung der Besoldung für Lehrkräfte aller Schulformen mit der Besoldungsstufe A 12/ E 11 auf A13/ E13. Auch „typische“ Frauenberufe wie z.B. Erzieherin, Sozialpädagogin und Therapeutin müssen dringend aufgewertet werden.

### **7. Gleiche Bildungschancen für alle!**

Alle Menschen müssen in Ihrer Vielfalt und in ihrer Individualität gestärkt werden, unabhängig von ihrer Religion, ihrer ethnischen Herkunft, gesundheitlichen Verfassung oder geschlechtlichen oder sexuellen Identität. Alle im Bildungs- und Erziehungsbereich Tätigen müssen sich mit den unterschiedlichen Themen und Anforderungen von Mädchen und Jungen auseinandersetzen (können) und allen Geschlechtern die Möglichkeit bieten, ihre Kompetenzen zu erweitern.

GEW-Frauen- und Gleichstellungspolitik\*innen fordern deshalb einen differenzierten Blick, der auch die soziale Herkunft, die Bildungsnähe und -ferne, die ethnische Zugehörigkeit, die geschlechtliche und sexuelle Identität und vieles mehr einschließt und auf individuelle Förderung und vorurteilsbewusste Pädagogik setzt.

### **8. Mehr Frauen in Leitungsfunktionen**

In allen Bildungsbereichen sind Frauen in den höher dotierten Leitungsfunktionen unterrepräsentiert. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Anteil von Frauen in den Leitungsebenen erhöht.

### **9. Ein Leben in Würde und ohne Armut**

Zwangsteilzeit, befristete Verträge und andere prekäre Beschäftigungen sind auch im Bildungsbereich existent - und auf dem Vormarsch. Insgesamt werden Berufe, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind, immer noch geringer bezahlt als andere. Dies führt dazu, dass eine existenzsichernde Altersversorgung bei den aufgeführten Beschäftigungsverhältnissen nicht möglich ist und das Armutsrisiko im Alter steigt. Besonders betroffen hiervon sind Frauen, nicht zuletzt auch viele alleinerziehende Menschen.

Wir fordern existenzsichernde Arbeitsplätze im Bildungs- und Hochschulbereich. Dazu gehört, dass Vollzeitstellen geschaffen und befristete in unbefristete Verträge umgewandelt werden.